

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: TagesMast wieso,  
Gesetz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1530  
Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 88.

Sonnabend, 12. April 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 20 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Beize (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Gewähliger Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorräumlich durch Anlage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa u. nächtliche Unterhaltungsbeilage "Grübler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wortbeiträge 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die Verhandlungen über die Sachverständigen-Gutachten.

Der gesamte Text des Sachverständigen-Gutachtens ist nunmehr vollständig in die deutsche Sprache übersetzt worden, aber es ist zu beachten, daß diese Uebersetzung noch immer als eine vorläufige bezeichnet werden muß und daß die Sachverständigen vorbehalten sind, sobald die endgültige Uebersetzung auf Grund des inzwischen in Berlin eingetragenen Originaltextes nachgeprüft worden sein wird. Die vorläufige Uebersetzung lag den Beratungen des Reichs-Kabinetts zugrunde, die für Freitag nachmittag angelegt waren, also zu derselben Zeit, in welcher in Paris die Delegierten der Reparationskommission zunächst inoffiziell eine erste Aussprache über die Sachverständigen-Gutachten vornehmen wollten. Aus den Stimmen der französischen Presse scheint hervorzugehen, daß die Reparationskommission selbst Wert darauf legt, möglichst rasch zu einer Klärung der Angelegenheit zu kommen.

Der deutschen Regierung sind die Sachverständigen-Gutachten bisher nur inoffiziell zur Kenntnis gebracht worden; daher werden die Gutachten eine offizielle Bedeutung für die deutsche Regierung erst erhalten, wenn die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen darüber eine Entscheidung getroffen haben. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, sobald die Arbeit der Sachverständigen abgeschlossen vorliegt, sie zu prüfen und gemeinsam mit den Alliierten eine Einigung zu einer endgültigen Lösung zu suchen. Der englische Premierminister hat am 27. März ebenfalls die englische Handelsfreiheit gegenüber den Sachverständigen-Gutachten hervorgehoben. Solange also Deutschland von jener Seite nicht benachrichtigt worden ist, daß die alliierten Staaten sich auf den Boden der Gutachten stellen, wird die deutsche Regierung nicht gehalten sein, ein offizielles Urteil über die Gutachten abzugeben. In welcher Weise die Verhandlungen auf der anderen Seite verlaufen werden, ist noch nicht bekannt. Es ist möglich, daß die Reparationskommission sich nicht für vollständig erklärt und die Entscheidung den alliierten Regierungen überläßt. Es ist auch möglich, daß die Reparationskommission sich für zuständig erklärt und die deutsche Regierung zu einer Stellungnahme auffordert, bevor sie selbst zu den Gutachten Stellung genommen hat. Endlich könnte die Reparationskommission selbst zunächst Stellung nehmen und dann die deutsche Regierung zu einer Erklärung über ihre Entscheidung auffordern. Einer Entscheidung von Vertretern zu Verhandlungen mit der Reparationskommission würde sich die deutsche Regierung sicherlich nicht entziehen.

Was den Inhalt der Gutachten betrifft, so sind wohl manche Vorteile, die sich aus den Gutachten ergeben, insbesondere die Möglichkeit einer Vereinfachung des Ruhrgebietes, anzuerkennen, aber vornehmlich erscheinen doch manche Punkte außerordentlich bedenklich. Die Summe, die Deutschland von dem 10. Normaljahr 1928/29 an Reparationen zahlen soll, erscheint vom deutschen Standpunkt aus als zu hoch, und dies umso mehr, als eine Schlusssumme für die gesamte Verpflichtung Deutschlands überhaupt nicht angegeben ist. Eine endgültige Lösung der Frage der militärischen Befugnis kann aus dem Gutachten nicht herausgeholt werden. Ebenso bedenklich erscheint das ausgedehnte Kontrollsystem sowie die Internationalisierung der Reichsbahn. Endlich beruht die Annahme der steigenden Prosperität der deutschen Wirtschaft, die dem Gutachten zugrunde liegt, auf einem gar zu willkürlichen Optimismus.

### Baldige Aeußerung der Reichsregierung.

Aus den Kreisen des auswärtigen Amtes wird dem „Berliner Volksblatt“ mitgeteilt: Das Reichskabinet hat sich entschlossen, schon jetzt in die Erörterungen der deutschen Antwort auf die Sachverständigen-Vorschläge einzutreten. Die diplomatischen Sonderuntersuchungen, die durch die deutschen Votivschreiber in London und Paris vorgenommen worden sind, haben ergeben, daß eine deutsche Stellungnahme noch vor dem Reichstagsneuwahltermin notwendig ist. Es ist daher anzunehmen, daß die Reichsregierung spätestens Anfangs Mai in der Lage sein wird, der Reparationskommission durch ihre Vertreter eingehende Mitteilungen und entsprechende Gegenvorschläge zu dem Sachverständigen-Bericht machen zu lassen.

Von offiziöser Seite wird heute darauf hingewiesen, daß innerhalb des Reichskabinetts volle Uebereinstimmung darüber besteht, daß die Sachverständigen-Vorschläge im Prinzip von Deutschland angenommen werden können. Es wird zunächst Aufgabe der deutschen Politik sein, folgende drei Fragen so schnell wie möglich zu klären:

- 1) Wird die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und die Rückgabe der Verwaltung im Ruhrgebiet und Ruhrgebiet sofort erfolgen, sobald Deutschland mit den alliierten Mächten zu einer Vereinbarung über die Durchführung des Sachverständigen-Berichtes gelangt ist?
- 2) Sind die alliierten Regierungen bereit, nach Festlegung des Zahlungsprogramms ein Abkommen über die Fristen zur Räumung des Ruhrgebietes mit Deutschland abzuschließen?
- 3) Wann wird die Festlegung einer endgültigen Reparationssumme, die Deutschland zu leisten hat, erfolgen?

Wenn es gelingt, in diesen drei sehr wesentlichen Schlußfragen eine Klärung herbeizuführen, so würde zweifellos die Position der deutschen Regierung gegenüber dem eigenen Volke wesentlich gebessert werden. Es würde dann

möglich sein, eine großzügige Linie der loslassen Reparationspolitik festzulegen, denn unter der Parole: Völkergeld für die besetzten Gebiete! wird jede nationalpolitische Opposition zum Schweigen gebracht werden können. Im übrigen wird verhofft, daß die führenden Wirtschaftskreise diesen Standpunkt der Reichsregierung durchaus billigen und die Durchführung dieser Politik zu unterstützen bereit sind.

### Stellungnahme der Reparationskommission.

#### Die einstimmige Entscheidung.

Paris. Die Reparationskommission hat, nachdem sie eine offizielle Sitzung abgehalten hat, sich gestern nachmittags zu einer offiziellen Sitzung zusammengesetzt. Sie hat einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

Die Reparationskommission hat nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine praktische Grundlage für die rasche Lösung des Reparationsproblems bilden. Sie ist deshalb geneigt, schon jetzt im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse die Schlussfolgerungen zu billigen und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen. Um die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission, den interessierten Regierungen die Entschlüsse der Berichte, die der Komposition der Regierungen unterliegen, zur Annahme zu empfehlen. Jedoch sieht sich die Reparationskommission in der Notwendigkeit versetzt, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzuführen, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen sicherzustellen. In diesem Zwecke wird die Reparationskommission die Delegierten der Deutschen Regierung am Donnerstag, den 17. 4. abhören, es sei denn, daß die deutsche Regierung es vorgezieht, eine schriftliche Antwort zu erteilen. — Die Mitteilung dieses Entschlusses ist bereits der deutschen Kriegslastenkommission zugegangen.

### Die deutschen Industriellen untertützungsbereit.

Berlin. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, Mitglied des Direktoriums der Krupp-Werke, erklärte dem Berliner Vertreter des Reichsverbandes: Nach Durchsicht des Auszuges des Sachverständigen-Berichtes bin ich der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen angenommen werden müssen. Die Forderungen, die den deutschen Industriellen aufgebürdet werden sollen, sind zwar riesig schwer. Aber die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht worden sind, vor allem insofern sie losgelöst sind von militärischen und politischen Erwägungen und sich nur auf die wirtschaftliche Basis stellen. Da wir kaum bessere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen. Dr. Sorge betonte, daß die volle Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Dohheit in den besetzten Gebieten, namentlich die Abschaffung der französisch-belgischen Rechte und der Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet eine absolute Vorbedingung für die Erfüllung der von den Sachverständigen gestellten Bedingungen sei. Er erklärte ferner, daß es für die Industrie eine Erleichterung sei, wenigstens auf einige Jahre im voraus endgültige Zahlen festgesetzt zu sehen, da dadurch die deutsche Industrie in den Stand gesetzt würde, ihre Pläne dementsprechend anzustellen. Dr. Sorge erklärte mit Nachdruck, daß die Ausführung der Vorschläge der Sachverständigen nur möglich sei, wenn eine internationale Anleihe aufgebracht werden könne. Er drückte sich über diese Angelegenheit aber etwas reserviert aus, und sagte hinzu, obler sei, daß dann, wenn die Vorschläge der Sachverständigen von der deutschen Regierung angenommen seien, die deutschen Industriellen ihr bestes tun würden, um der Regierung bei ihrer Ausführung zu helfen, obwohl er sich keiner Illusion hingabe angeht der ungeheuren Lasten, die die deutsche Industrie für Jahre hinaus zu tragen haben würde.

### Der Reichskanzler über die Sachverständigen-gutachten und über Wahlen.

Frankfurt. Auf der Rheinkonferenz der Zentrumspartei hielt Reichskanzler Dr. Brüning gestern eine Rede. Er führte aus: Die Entscheidungen, vor die wir in nächster Zeit gestellt sind, erfordern von uns tiefen Ernst, Besonnenheit und Vaterlandsliebe. Wir haben es als einen Fortschritt begrüßt, daß hervorragende Wirtschaftler mit der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit betraut wurden. Da die Möglichkeit vorhanden ist, den Gutachten der Sachverständigen zu entsprechen, wird abgewartet werden müssen. Die deutsche Regierung wird mit aller Gemüthsruhe und Vorsicht prüfen müssen, was vom deutschen Volk wirklich getragen werden kann. Sie wird allerdings von der deutschen Wirtschaft und vom deutschen Steuerzahler verlangen müssen, daß Vorkasse bis an die Grenze des Möglichen übernommen werden, aber darüber hinaus in eine Belastung einzuwilligen, kann gerechtfertigt von niemand verlangt werden.

Deutschland und Deutschlandliche widersprechen einer solchen Politik. Was wollen sie aber an ihre Stelle setzen? Man wird verabsäumen in den Reden der Führer

nach einer Klärung davon suchen. Die Deutschböllischen wollen sich sogar nicht an einer Klärung beteiligen, die nicht rein deutschböllisch ist. Es ist ein trauriges Zeichen der Herrtümlichkeit und Verwirrung unseres Volkes, daß trotzdem weite Kreise sich dieser geradezu unsinnigen und für Reich und Volk letzten Endes den Untergang bedeutenden Bewegung anschließen haben. Sineser von und bemüht den böllischen Anschauungen an sich, aber in der Ueberspannung, den er durch die böllische Bewegung erfahren hat, ist er unchristlich und bedeutet eine Gefahr für das deutsche Volk. Glaubst denn ein vernünftiger Mensch, daß bei einer Mehrheit der Deutschböllischen und Deutschnationalen Abgeordneten im Reichstage eine friedliche Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Entente-Staaten möglich ist?

### Verlängerung der Nicum-Verträge?

Die Beziehungen zwischen der Sachverständigen-Kommission der Reparationskommission des Ruhrgebietes und der Reichsregierung haben ergeben, daß die Ruhrindustrie zur Zeit nicht auf eine sofortige Finanzierung der Reparationsleistungen an Frankreich rechnen kann. Es wurde in Aussicht genommen, daß die Reichsregierung später die Ruhrindustriellen für die bei einer etwaigen kurzfristigen Verlängerung der Nicum-Verträge entstehenden Verbindlichkeiten entschädigt. Dies konnte in der Weise geschehen, daß nach der Beendigung der Moratoriumsfrage und der Sachleistungen nachträglich die Bezahlung der gegenwärtigen Verbindlichkeiten durch das Reich erfolgt. Man nimmt es in Berliner Regierungskreisen für wahrscheinlich an, daß unter diesen Gesichtspunkten eine provisorische kurzfristige Verlängerung der Nicum-Verträge von der Ruhrindustrie zugestanden wird.

### Die Leiden der Pfalz.

Ludwigs-hafen. Von den 5262 ansatzweisen pfälzischen Eisenbahnern, dem ihren Familien dürften bis jetzt nur etwa 900 in die Pfalz zurückgekehrt sein. Die Rückkehr geschieht auf Anforderung der Heine. Die Zurückgekehrten müssen den Eid auf die Heinebahn leisten. Trotz des Speyerer Abkommens werden von den Besatzungsbehörden noch zahlreiche Personen wegen Verhinderung der Separatisten im Saal gehalten. 11 Dürkheimer Bürger befinden sich im Gefängnis in Landau, 11 Volkseigenen im Gefängnis in Kaiserslautern, 4 verhaftete Volkseigenen im Krankenhaus Kaiserslautern, 35 Birmauer Bürger werden in den Gefängnissen von Landau (18), Mainz (15), Birmasens (2) festgehalten. Außerdem liegen 4 verhaftete und verwundete Birmauer Bürger im dortigen Krankenhaus. Dazu kommen noch die vielen Flüchtlinge, die in die Heimat nicht zurückkehren können, weil sie Gefahr laufen, von den Besatzungsbehörden verhaftet zu werden. Von einer wirklichen Befreiung der Pfalz kann daher noch nicht die Rede sein.

### Deutschlands spariame Rüstung.

Entgegen den Propaganda-Aussagen der französischen und französisch-beeinflußten Weltpresse gibt der Haushaltsplan des Reichswehrministeriums und der Marine für das Rechnungsjahr 1924 ein Bild von der Tatsache, daß Deutschland selbst nicht mehr in der Lage ist, sein auf ein Wunder an Stärke und Bewaffnung herabgebrachtes Heer im Rahmen des Erlandens auszurüsten und auszubilden. Von vierhundert Millionen Goldmark im Jahre erhält die Marine ganze einhundert Millionen Mark. Wer die Bedürfnisse moderner Heeresrüstung kennt, wird den Wert und die Sprache dieser Zahlen beurteilen können. Bedenklich ist es, daß die militärischen Leistungen aus Stärke eingeschränkt sind. Herbstmanöver sollen nur für vier Divisionen stattfinden. Jenseits der Grenzen steht eine in Waffen starrende Welt, der keine Rüstungsausgaben zu hoch sind, nicht etwa aus Gründen der eigenen Sicherheit, denn wenn könnte ein geschwächtes und entwöhntes Deutschland gefährlich werden, sondern um den Krieg mit den jetzt verfallenen beliedet gewordenen Mitteln weiterzuführen zu können. Wie angesichts dieser Lage das Weiter von dem gefährlichen Deutschland immer noch aufrechterhalten werden kann, ist schlechterdings unbegreiflich.

### Die Rechenfunkstücke des Herrn Thennis.

Der belgische Ministerpräsident Thennis hat in der Kammer am 9. April erneut behauptet, die Ruhrbefugnis habe schon mehr eingebracht, als Deutschland vor der Befugnis bezahlt habe. Diese Behauptung ist für das Jahr 1923 keinesfalls zutreffend. In diesem Jahre schließt die Ruhrbilanz vor allem infolge des Defizits der Reichsbahn und des durch den Ausfall der Reparationsleistungen notwendigen Mehrimports von Kohle und Holz aus England und anderen Staaten im Werte von 420 Millionen Goldmark mit einem ganz beträchtlichen Minus für die französische und belgische Zahlungsbilanz ab. Der beste Beweis dafür war der katastrophale Sturz der beiden Frankentransportbrücken, der nur mit Hilfe ausländischer Kapitalien ausgehalten werden konnte. Der Ministerpräsident Thennis sagt sich übrigens mit seiner Behauptung in Gegenwart zu seinem früheren Ministerkollegen Jassart, der am 20. Febr. in der Kammer erklärt hat: „Das Ruhrunternehmen hat uns zwar nichts eingebracht, aber auch nichts gekostet.“